

# Bericht über die **AGBR<sup>1</sup>-Konferenz vom 11. bis 13. Februar 2008** im Helmholtz Zentrum München

An der AGBR-Konferenz im Helmholtz Zentrum München nahmen vom 11. – 13. Februar 37 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft sowie der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften teil.

Der kaufmännische Geschäftsführer des Zentrums, Dr. Blum, stellte der Versammlung seine Thesen zu den Folgen der Globalisierung für die Wissenschaft vor. Um Nachwuchskräfte halten zu können, müssten die Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden. Insbesondere halte er befristete Arbeitsverträge nur in der Ausbildungsphase für akzeptabel. Außerdem gebe es in Deutschland erheblichen Reformbedarf im Managementbereich; Verfahrensabläufe und Geschäftsprozesse der Forschungszentren seien 30 bis 40 Jahre alt und stellten einen großen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland dar. Vertreter der AGBR stimmten Herrn Dr. Blum in der Analyse zu, zeigten sich allerdings irritiert, dass er keinerlei konstruktive Perspektive aufzeige und auch die Geschäftsführungen im täglichen Geschäft den tatsächlich bereits vorhandenen Spielraum nicht ausnutzten.

Als Gast aus einer der in der AGBR vertretenen Forschungssäulen ging Herr Dr. Nobbe, Hauptabteilungsleiter der Fraunhofer-Zentrale, auf die forschungspolitischen Herausforderungen an die FhG im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation ein. In der Diskussion mit den Vertretern der AGBR über die Situation der Beschäftigten in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen forderte er eine klarere und bessere Wahrnehmung der Interessen der außeruniversitären Einrichtungen durch das BMBF. Er würde es begrüßen, wenn die wissenschaftsspezifischen Regelungen des TV-L in den TVöD-Bund übernommen würden. Dr. Nobbe bezeichnete die Trennung von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal besonders in der jetzigen Situation als unerträglich. Daher setze sich die FhG für die Einbeziehung des administrativen Bereichs in die Ermächtigung zu den außertariflichen Sonderzahlungen ein. In diesem Punkt herrscht Einigkeit mit den Teilnehmenden der Konferenz.

In einem einstimmig verabschiedeten Schreiben an Ministerin Schavan hat die Konferenz ihr Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, dass Beschäftigte in Technik und Verwaltung nicht zum Kreis der möglichen Empfänger von neuen außertariflichen Sonderzahlungen gehören. Dies kann so nicht akzeptiert werden, denn auch in Technik und Administration gibt es außerordentliche Probleme, Menschen mit Berufserfahrung und besonderen Kenntnissen zu gewinnen und zu halten. Dieses Unverständnis der Konferenz wird von den Leitungen und Geschäftsführungen der Einrichtungen weitgehend geteilt. Ebenso unverständlich ist der Konferenz die Ausnahme der WGL insgesamt von dieser Ermächtigung.

Die Konferenz hatte außerdem einen intensiven Austausch mit Herrn MinR. Dr. Nelle, BMBF. Darin wurde die wachsende Bedeutung von Europa sowohl im Bereich der Finanzierung als auch für die Rahmenbedingungen deutlich. Ein Beispiel ist die sog. Forscher Charta, in der die EU Mindeststandards für die Beschäftigungsbedingungen in Forschungseinrichtungen setzt. Herr Dr. Nelle gab einen groben Überblick über die anstehende Diskussion zur Fortschreibung des Paktes für Forschung und Innovation, die in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (Nachfolgerin der Bund- Länderkommission) geführt werden muss. Schließlich wurden Gedanken zum geplanten Wissenschaftsfreiheitsgesetz ausgetauscht. Das BMBF bereitet es mit dem Ziel vor, die Rahmenbedingungen für die Forschung in Deutschland zu verbessern. Die AGBR wird ihre Vorstellungen z.B. zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Rolle der Interessenvertretungen konkretisieren. Herr Dr. Nelle sagte zu, die AGBR an der Diskussion des Gesetzesentwurfes zu beteiligen.

Die Konferenz bestätigte außerdem zwei Projekte ihres Ausschusses für Grundsatzfragen:

- Für den Herbst 2008 wird in Berlin eine Veranstaltung unter dem Motto „Wissenschaft - Freiheit - Gute Arbeit“ geplant. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen interessierten Organisationen soll u.a. im Dialog mit Parlamentariern, in Berlin eine eigene Vorstellung zu aktuellen Themen, wie der Entwicklung eines Wissenschaftsfreiheitsgesetzes und den Perspektiven der außeruniversitären Forschung, entwickelt werden.
- Im Frühjahr 2009 soll ein Workshop auf europäischer Ebene das Startsignal für eine bessere Zusammenarbeit der Arbeitnehmervertretungen europäischer Forschungseinrichtungen geben. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Anteil der europäisch initiierten und geförderten Forschung an Bedeutung gewinnt.

---

<sup>1</sup> Die **ArbeitsGemeinschaft** der **Betriebs-** und **PersonalRäte** der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) – vertritt etwa 62 000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung